Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V. • Friedrichstraße 24 • 65185 Wiesbaden

Verteiler:
Offener Brief an die
hessischen Bundestagsabgeordneten

Wiesbaden, den 19. Juli 2010

Sehr geehrte Frau…/Sehr geehrter Herr……..,

im Beschluss der Kabinettsklausur „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“ spricht die Bundesregierung davon, dass „alle Menschen in unserem Land die Chance auf Wohlstand“ erhalten sollen. So sollen durch die Sparmaßnahmen „die Zukunftschancen für die Menschen in unserem Land verbessert“ werden. Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen kann jedoch in den Sparbeschlüssen der Bundesregierung bei bestem Willen keine sozial ausgewogene Handschrift erkennen. Im Haushaltsentwurf 2011 und bei der Finanzplanung bis 2014 werden die Krisenlasten vielmehr einseitig auf den Schultern der Schwächsten in unserer Gesellschaft abgeladen.

Einkommensreiche und Vermögende werden nicht belastet. Offenkundige Fehlentscheidungen wie z.B. der zu Jahresbeginn eingeführte ermäßigte Steuersatz für das Hotelgewerbe werden nicht korrigiert. Und die Finanzwirtschaft als Verursacherin der Krise wird weiterhin mit Samthandschuhen angefasst.

Während noch zu Beginn der Haushaltsplanungen das Bundesarbeitsministerium zu Recht ganz von Einsparungen ausgenommen werden sollte, hat es jetzt mit die Hauptlast zu tragen. Ein wesentlicher Sparbeitrag soll im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** geleistet werden. Der Haushaltsentwurf 2011 sieht allein im Budget zur Arbeitsförderung von Hartz IV – Empfänger-/innen eine Kürzung von 1,3 Mrd. € vor. Der ursprünglich vorgesehene Zuschuss für die Bundesagentur wird von 12,8 Mrd. auf 6,6 Mrd. € halbiert und in ein Darlehen umgewandelt. Grundsätzlich sollen Pflichtleistungen der Arbeitsagentur in Ermessensleistungen umgewandelt und dabei Einsparungen von 11 Mrd. € in vier Jahren erzielt werden. Auf einer Liste der BA werden unter anderem die berufliche Reha, das Altersteilzeitgeld, Hilfen für Existenzgründer, für Lehrlinge und für den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses genannt.

Insbesondere für benachteiligte Jugendliche, langzeitarbeitslose und behinderte Menschen werden sich die dringend benötigten Qualifizierungs- und Teilhabemöglichkeiten massiv verschlechtern.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Friedrichstraße 24
65185 Wiesbaden
Fon: 0611/30814-34
Fax: 0611/30814-74
info@liga-hessen.de
www.liga-hessen.de

Konto-Nr. 41067101
BLZ 51091500
Rheingauer Volksbank eG
Geisenheim

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V. • Friedrichstraße 24 • 65185 Wiesbaden

Aus Sorge um den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft wenden wir uns als LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen daher heute mit einem Offenen Brief an Sie als hessische Bundestagsabgeordnete und bitten Sie darum mitzuhelfen, dass die vorgesehenen Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales wieder zurückgenommen werden. Das bedeutet auch, von der **Abschaffung des befristeten Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II** wieder abzusehen, da dies viele Arbeitslose und deren Familienmitglieder unmittelbar in Armut abstürzen lässt.

Die **Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge** stellt ebenfalls keine Lösung dar, sondern sie ist nur die Verlagerung des Problems in die Zukunft. Lässt bereits der Ausbau des Niedriglohnsektors und von prekärer Beschäftigung in Zukunft ein Anwachsen der Altersarmut erwarten, so trägt die Entscheidung der Bundesregierung noch zur Vergrößerung dieses Problems bei.

Dass SGB II-Empfänger-/innen das **Elterngeld** gestrichen werden soll, wiegt angesichts von über zwei Millionen armen Kindern und Jugendlichen besonders schwer. Kinder im 1. Lebensjahr brauchen Bindung, Stabilität und Sicherheit auch in der finanziellen Absicherung ihrer Eltern. Ein einjähriger Schonraum sollte allen zustehen, damit Eltern in die Elternrolle hineinwachsen und sich vorrangig um das Wohl des Neugeborenen kümmern können.

Da sich die Bundesregierung trotz der öffentlichen Proteste – auch der Wohlfahrtsverbände – bislang fest entschlossen zeigt, ihre Politik der Umverteilung fortzusetzen und besonders Arbeitslose und deren Familien zu belasten, ist jetzt das Parlament gefordert. Es gilt, den sozialen Sprengstoff des vorgelegten Sparpakets zu entschärfen und so tatsächlich die „Grundpfeiler unserer Zukunft (zu) stärken“. Demokratie und sozialer Ausgleich gehören zusammen. Wir hoffen sehr, dass Sie Ihren Einfluss geltend machen, damit noch wesentliche Änderungen im Haushaltsentwurf vorgenommen und die oben genannten Beschlüsse letztlich wieder rückgängig gemacht werden können.

Mit allen guten Wünschen für Sie und Ihre Arbeit
und mit freundlichen Grüßen
Ihr

Dr. Wolfgang Gern

Vorsitzender der Liga der Freien
Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen K.d.ö.R.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Friedrichstraße 24
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de
www.liga-hessen.de

Konto-Nr. 41067101
BLZ 51091500
Rheingauer Volksbank eG
Geisenheim